

Die erinnerungspolitische Debatte um den möglichen Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge am heutigen Gedenkort Joseph-Carlebach-Platz hält seit Bekanntwerden entsprechender Pläne Ende 2019 an. Mit dem folgenden einordnenden Überblick aus der Feder seines stellvertretenden Vorsitzenden und einer kommentierten Zusammenstellung wichtiger Debattenbeiträge (Stand Juni 2021) möchte der Verein für Hamburgische Geschichte zur Orientierung in dieser Diskussion beitragen.

Dirk Brietzke

Erinnerungskultur im städtischen Raum

Kontexte und Hintergründe der Debatte um den Wiederaufbau der Hamburger Bornplatzsynagoge

Städtische Erinnerungskultur wird regelmäßig zum Gegenstand kontroverser öffentlicher Debatten. Dies gilt insbesondere für Initiativen, die mit der Erhaltung, der Rekonstruktion oder dem Wiederaufbau historischer Gebäude verbunden sind. In den letzten Jahren und Jahrzehnten führten zum Beispiel die Pläne für den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche, des Berliner Stadtschlösses, der Garnisonkirche in Potsdam oder der Synagoge Fraenkelufer im Berliner Stadtteil Kreuzberg zu intensiven Diskussionen. Wenn sich mehrere Erinnerungsschichten überlagern, wenn Architektur als symbolische Repräsentation wahrgenommen wird und wenn sie mit Gewalterfahrungen und historischen Verbrechen wie dem Holocaust oder dem Kolonialismus verbunden ist, nehmen solche Diskussionen einen komplexen und kontroversen Charakter an. Eine Vielzahl unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure beteiligt sich an solchen Debatten. Dieses breite Spektrum ist Ausdruck einer pluralistischen Debattenkultur, die vor allem auf eines hinweist: eine intakte Öffentlichkeit, in der man miteinander ins Gespräch kommt, um im Austausch unterschiedlicher Positionen und Perspektiven die Möglichkeiten konstruktiver, die Vielfalt städtischer Lebenswelten respektierender Lösungen auszuloten.¹

Auch in Hamburg kommt es aus ganz unterschiedlichen Anlässen immer wieder zu Debatten über den Umgang mit Gedenkort. Ein Beispiel aus jüngster Zeit sind die seit 2008 geführten Auseinandersetzungen um den Umbau des Stadthauses, in dem während der NS-Zeit die Zentrale der Hamburger Gestapo untergebracht war. Im Konflikt zwischen den kommerziellen Verwertungsinteressen eines Investors und den Bemühungen um eine angemessene und würdevolle Form des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung erwies sich, wie wichtig es ist, Debatten über erinnerungskulturelle und -politische Fragen in partizipativer Form unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit zu führen. Auch wenn das Ziel der „Initiative Gedenkort Stadthaus“, eines breiten Bündnisses von Initiativen, Geschichtswerkstätten und Verfolgtenverbänden, nicht erreicht werden konnte, hat das Engagement ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die Initiative informierte die städtische Öffentlichkeit und ermöglichte ihr, an der Diskussion teilzuhaben.² Weitere aktuelle Beispiele sind die Debatten um den Umgang mit dem Bismarck-Denkmal und dem Lagerhaus G am Dessauer Ufer, einem der am besten erhaltenen ehemaligen KZ-Außenlager im Hamburger Raum.³

¹ Vgl. grundlegend Christoph Cornelißen: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 548-563; Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München 2009.

² Herbert Diercks: Dokumentation Stadthaus – Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus. Hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2012; Das Stadthaus in Hamburg. Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933-1945. Hg. von der Initiative Gedenkort Stadthaus. Hamburg 2019.

³ Informationen über postkoloniale Debatten bietet der Blog <https://hhpostkolonial.wordpress.com/about-postkoloniales-in-hamburg/>. Die Initiative zum Erhalt des Lagerhauses G präsentiert sich unter <https://initiativedessauerufer.noblogs.org/>.

Die Bornplatzsynagoge und der Gedenkort

Gegenwärtig dominiert ein anderes Thema die mediale Aufmerksamkeit: die Pläne für den Wiederaufbau der Synagoge am Joseph-Carlebach-Platz, dem ehemaligen Bornplatz. Am 28. Januar 2020 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft, den Wunsch der jüdischen Gemeinde Hamburgs nach einer Wiedererrichtung der Synagoge an diesem Ort zu unterstützen. Schon 2010 hatte der damalige Vorsitzende der Gemeinde, Ruben Herzberg, für einen Neubau am Ort der zerstörten Synagoge plädiert, um ein Zeichen sichtbaren jüdischen Lebens in Hamburg zu setzen.⁴ Die Hauptsynagoge der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg war in den Jahren von 1904 bis 1906 in neuromanischen Bauformen errichtet worden. Als größte Synagoge Norddeutschlands bot sie Platz für bis zu 1200 Menschen. Während des Novemberpogroms wurde der monumentale Bau 1938 geschändet, wiederholt in Brand gesetzt und verwüstet. Im Frühjahr 1939 zwangen die nationalsozialistischen Machthaber die jüdische Gemeinde dazu, das Gebäude auf eigene Kosten abzureißen und das Grundstück an die Stadt zu übergeben. Auf einem Teil des Geländes entstand 1940 ein Hochbunker, der nach Kriegsende 1950/51 umgebaut wurde und seitdem von der Universität Hamburg genutzt wird. Auf dem anderen Teil, der bis dahin als Parkplatz gedient hatte, wurde 1988 anlässlich des Gedenkjahrs zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms der Boden nach einem Entwurf der Hamburger Künstlerin Margrit Kahl mosaikartig gepflastert. Kahl hatte seit 1983 im Auftrag der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg an dem Entwurf gearbeitet. Die Diskussion über ein geeignetes Konzept für die Gestaltung des Platzes erstreckte sich über einen Zeitraum von zehn Jahren, nach vielen Verzögerungen beschloss der Senat erst im Juli 1987, das Projekt zu realisieren. Verbunden mit einer Gedenkfeier wurde das „Synagogenmonument“ am 9. November 1988 eingeweiht. 1989 wurde ein Teil des ehemaligen Bornplatzes auf Wunsch der jüdischen Gemeinde in Joseph-Carlebach-Platz umbenannt. Er erinnert seitdem an den 1942 von den Nationalsozialisten ermordeten letzten Oberrabbiner Hamburgs.⁵

Margrit Kahls Gestaltung des Platzes geht über konventionelle Formen des Gedenkens hinaus. Sie verweist auf das nicht mehr Vorhandene, auf das historische Resultat der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Zerstörung jüdischen Lebens. Das Muster des in den Boden eingelassenen Pflasters bildet wie in einem Mosaik den Grundriss und die Linien des Deckengewölbes der einstigen Synagoge ab, die räumliche Dimension des nicht mehr Vorhandenen wird perspektivisch erfahrbar. So entstand vor dem Hintergrund der in den 1980er Jahren bundesweit einsetzenden breiteren Debatte über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ein Gedenkort, der die entstandene Leerstelle nutzt, um mit einem außergewöhnlichen Kunstwerk dauerhaft an die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Juden in den Jahren des Nationalsozialismus zu erinnern. Führungen durch den Stadtteil Rotherbaum machen hier halt, um die Vernichtung jüdischen Lebens im Grindelviertel ins Gedächtnis zu rufen. Schulklassen und Studierende der benachbarten Universität, aber auch Touristen, die Hamburg besuchen, kommen hierher. Darüber hinaus dient der Platz als Veranstaltungs- und Gedenkort. Regelmäßig am 9. November finden auf dem Platz unter Beteiligung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen sowie auch staatlicher Repräsentanten Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag des Novemberpogroms statt. Heute ist der Gedenkort ein Bestandteil des jüdischen Lebens, das unter anderem mit der

⁴ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 21. Wahlperiode, Drucksache 21/1991621. 28.1.2020.

⁵ Vgl. Agata Dziacka: Margrit Kahl – Synagogenmonument 1988. In: Uwe Fleckner (Hg.): Kunst in der Stadt Hamburg. 40 Werke im öffentlichen Raum. Berlin 2007, S. 96-99. Harald Schmid: „Als die Synagogen brannten“. Narrative des Gedenkens der Novemberpogrome. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013) 11, S. 888–905.

angrenzenden Joseph-Carlebach-Schule und der jüdischen Gemeindeverwaltung ins Grindelviertel zurückgekehrt ist. Die Gemeinde besitzt seit 1960 eine neue Synagoge an der Hohen Weide im Stadtteil Eimsbüttel.

Der Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 28. Januar 2020, den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge zu unterstützen, wurde flankiert von der Erklärung des Bundestags und der Bürgerschaft, die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidungen fielen unter dem Eindruck des in Deutschland zunehmenden Antisemitismus. Insbesondere das Attentat auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 verstärkte bei vielen den Wunsch, jüdisches Leben in der Stadt sichtbarer zu machen und ein deutliches Zeichen gegen antisemitische Tendenzen und Gewalttaten zu setzen. Als sich die Frage der konkreten Umsetzung stellte, entwickelte sich eine öffentliche Debatte über unterschiedliche mögliche Wege.

Positionen zum Wiederaufbau

Während sich der Senat und die jüdische Gemeinde, vertreten durch ihren Vorsitzenden Philipp Stricharz und den Landesrabbiner Shlomo Bistritzky, im Interesse des gegenwärtigen Gemeindelebens für eine originalgetreue Rekonstruktion der 1938/39 zerstörten Synagoge aussprachen und die „Initiative Wiederaufbau Bornplatzsynagoge“ mit einer PR-Kampagne für diese Lösung warb, verdeutlichten andere Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge, dass es mehr als nur einen möglichen Weg gibt. Sehr früh schon wiesen die Historikerinnen Prof. Dr. Miriam Rürup, über viele Jahre in Hamburg Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, inzwischen Direktorin des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam, und Prof. Dr. Ursula Büttner, langjährige Mitarbeiterin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, darauf hin, dass eine historisierende Rekonstruktion Gefahr läuft, die Spuren der Geschichte zu zerstören. Sie sprachen sich dafür aus, den Gedenkort mit dem „Synagogenmonument“ Margrit Kahls zu erhalten. Die Leerstelle, so ihre Argumentation, verweise auf die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die historischen Spuren durch Überbauung unsichtbar zu machen, würde suggerieren, man könne umstandslos an die Zeit vor 1933 anknüpfen. Im Dezember 2020 präsentierten sie gemeinsam mit dem israelischen Historiker Prof. Dr. Moshe Zimmermann, dem Kunsthistoriker Prof. Dr. Hermann Hipp und anderen ihr Positionspapier „Für einen breiten, offenen Diskurs über den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge“.

Auch innerhalb der jüdischen Gemeinde gibt es Stimmen, die eine Differenzierung anmahnen. So sprach sich ihr ehemaliger Vorsitzender Ruben Herzberg dafür aus, anstelle eines originaltreuen Wiederaufbaus einen zeitgemäßen Neubau auf dem Joseph-Carlebach-Platz zu errichten. Prof. Dr. Moshe Zimmermann, einer der besten Kenner der jüdischen Geschichte Hamburgs mit familiären Wurzeln in der Stadt, votierte gegen eine Rekonstruktion, da sie die Erinnerung an die Shoah verdränge. Er initiierte eine öffentliche Erklärung, die in Israel zahlreiche Unterstützer fand. Sowohl unter den Befürwortern als auch unter den Kritikern der Rekonstruktionspläne befinden sich Holocaust-Überlebende und ihre Nachfahren. Die jüdische Gemeinde hat inzwischen eine Machbarkeitsstudie für den Wiederaufbau in Auftrag gegeben. Ein überaus hilfreiches Forum für die Debatte stellte die Patriotische Gesellschaft von 1765 zur Verfügung. Am 6. Januar 2021 rief sie zu einer breiten öffentlichen Diskussion über die Wiederaufbaupläne auf und dokumentierte zahlreiche Stellungnahmen auf ihrer Internetseite, am 23. März 2021 veranstaltete sie eine Podiumsdiskussion zum Thema. Wiederholt wurde im Zuge der Debatte auch auf die Situation des Tempels in der Poolstraße hingewiesen, für den sich die Initiative „TempelForum – Verein zur Rettung und Öffnung der Tempelruine in der Poolstraße“ einsetzt.

Aus den beispielhaft erwähnten Stellungnahmen und vielen weiteren Diskussionsbeiträgen ergab sich eine vielstimmige öffentliche Debatte mit hoher medialer Präsenz, in deren Zentrum zwei Fragekomplexe stehen: Welche Maßnahmen wären geeignet, jüdisches Leben in Hamburg sichtbarer zu machen, den gegenwärtigen Interessen und Bedürfnissen der Gemeinde gerecht zu werden und jeglicher Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten? Was kann und soll Erinnerungskultur im städtischen Raum leisten und wie können Gedenkort erhalten und weiterentwickelt werden?

Der bisherige Verlauf zeigt, dass die Debatte um den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge in eine Reihe unterschiedlicher Kontexte eingebettet ist, die zum Teil unabhängig voneinander sind, sich zu einem anderen Teil aber auch überlagern. Neben der Position des Senats und der jüdischen Gemeinde gibt es eine Vielzahl weiterer Diskussionsbeiträge. Sie stammen u. a. von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich seit vielen Jahren intensiv mit der jüdischen Geschichte Hamburgs und mit der Erinnerungskultur der Stadt beschäftigen, von Überlebenden, die die Erinnerung wachhalten, sowie von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die sich für den Erhalt von Gedenkort einsetzen. Sie alle tragen dazu bei, neue Aspekte und Perspektiven ins Spiel zu bringen, den Blick für bisher nicht beachtete Zusammenhänge zu schärfen und so zu einem differenzierten, multiperspektivischen Blick auf die städtische Erinnerungskultur zu gelangen. Nicht zuletzt leisten sie damit bedeutende Beiträge zur historischen Aufklärung und zum dringend erforderlichen Kampf gegen den zunehmenden Antisemitismus.

Die folgenden Links führen zu ausgewählten Stellungnahmen und Dokumentationen, die unterschiedlichen Kontexten entstammen und unterschiedliche Positionen wiedergeben. Vor allem bieten sie Hintergrundinformationen, die eine erste Orientierung in einer zunehmend unübersichtlicher werdenden Debatte ermöglichen. Die Auswahl bildet nur einen kleinen Ausschnitt des inzwischen sehr umfangreichen Diskussionsprozesses ab und erhebt keinesfalls einen Anspruch auf Repräsentativität. Wenn sie einen kleinen Beitrag dazu leistet, Polarisierungen abzubauen und eine sachliche Diskussion zu befördern, die das Spektrum städtischer Erinnerungskultur und ihrer Akteurinnen und Akteure in seiner ganzen Breite und Differenziertheit berücksichtigt, wäre viel gewonnen.

- Dr. Harald Schmid's Text „Die Novemberpogrome und die Erinnerungskultur – Das ‚Synagogenmonument‘ von Margrit Kahl“, veröffentlicht in den „Hamburger Schlüsseldokumenten zur deutsch-jüdischen Geschichte“, ist eine konzise, gleichwohl differenzierte Darstellung der historischen Hintergründe. Dass er bereits Anfang 2019 entstand und somit frei von tagespolitischen Einflüssen und Rücksichten ist, macht einen Teil seiner besonderen Qualität aus.
<https://juedische-geschichte-online.net/beitrag/schmid-synagogenmonument-kahl>
- Unter der Überschrift „Die Gemeinde ist für den Wiederaufbau“ erschien am 7. Januar 2021 in der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung“ ein Artikel von Heike-Linde Lembke, der die Position der Jüdischen Gemeinde wiedergibt.
<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/die-gemeinde-ist-fuer-den-wiederaufbau/>
- Die „Initiative Wiederaufbau Bornplatzsynagoge“ wirbt für den originalgetreuen Wiederaufbau, sammelte Unterschriften für das Vorhaben, führte eine Plakataktion durch und präsentiert auf ihrer Internet-Seite die Stellungnahmen zahlreicher Unterstützer.
<https://www.bornplatzsynagoge.org/>
- Der Antrag auf Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge wurde am 28. Januar 2020 in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zur Abstimmung gestellt.

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/69644/wiederaufbau_der_bornplatzsynagoge.pdf

- Das Positionspapier „Für einen breiten offenen Diskurs über einen Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge in Hamburg“ vom Dezember 2020, unterzeichnet u. a. von Prof. Dr. Miriam Rürup, Prof. Dr. Ursula Büttner, Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Prof. Dr. Hermann Hipp und Prof. Dr. Barbara Vogel, fasst die wichtigsten Einwände gegen eine historisierende Rekonstruktion zusammen und erläutert die Bedeutung der künstlerischen Gestaltung des Gedenkorts.
<https://www.patriotische-gesellschaft.de/webfile/show/3080/Stellungnahme-Bornplatzplanung-21.12.20.pdf>
- Die Internet-Seite des Patriotischen Gesellschaft dokumentiert unter Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen zahlreiche wichtige Stellungnahmen zu den Wiederaufbauplänen.
<https://www.patriotische-gesellschaft.de/de/unsere-arbeit/stadt/bornplatz-synagoge.html>
- Eine viel beachtete Reaktion aus Israel dokumentiert ein Protestbrief, den 45 Personen aus Wissenschaft, Kunst und Politik im Februar 2021 an den Hamburger Senat, die Jüdische Gemeinde Hamburg und die deutsche Botschafterin in Israel richteten.
<https://www.patriotische-gesellschaft.de/webfile/show/3177>
- Prof. Dr. Moshe Zimmermann kritisierte in einem Artikel, der am 14. Januar im „Tagesspiegel“ erschien, die Behauptung, der Wiederaufbau setze ein Signal gegen den Antisemitismus.
<https://www.tagesspiegel.de/kultur/kritik-antisemitismus-in-hamburg-eskaliert-ein-streit-um-erinnerungspolitik/26795450.html>
- Eine Aufzeichnung der von der Patriotischen Gesellschaft von 1765 initiierten Diskussion, die am 23. März 2021 stattfand, ist unter dem folgenden Link zu finden. An der Diskussion nahmen Philipp Stricharz, Prof. Dr. Miriam Rürup, Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel und Dr. Eva Gümbel teil.
<https://www.youtube.com/watch?v=MBTFmQjWsCU>
- Dr. Ulrich Hentschel, ehemaliger Studienleiter für Erinnerungskultur an der Evangelischen Akademie der Nordkirche, hat sich mit mehreren Beiträgen zu Wort gemeldet. In einem Artikel, der am 6. Februar 2021 in der „tageszeitung“ erschien, kritisiert er die Rekonstruktionspläne und betont, dass die Bekämpfung des Antisemitismus sehr viel weiter gehende Maßnahmen erfordert.
<https://taz.de/Wiederaufbau-der-Bornplatzsynagoge/!5743943/>